

Ni méthode, ni approche

Zur Forschungsperspektive der Gouvernentalitätsstudien
– mit einem Seitenblick auf Konvergenzen und Divergenzen
zur Diskursforschung

Ulrich Bröckling und Susanne Krasmann

Mit der akademischen Etablierung von Diskursanalyse und Gouvernentalitätsstudien ist Michel Foucault in den Sozialwissenschaften angekommen. Fast vergessen sind die Affekte, Polemiken und Ausgrenzungen der 1970er und 1980er Jahre, die am Unorthodoxen seiner Analysen Anstoß nahmen. Heute ist die Diskursanalyse zu einem ausdifferenzierten methodischen Forschungsprogramm, Gouvernentalität zu einem Schlüsselkonzept der Gegenwartsanalyse avanciert. Der vielzitierte Foucault'sche Werkzeugkasten findet zunehmend Verwendung, mit den kaum mehr überschaubaren sozialwissenschaftlichen Adaptionen wurde er jedoch auch »normalisiert«. Der folgende Beitrag erörtert ausgehend vom Konzept der Gouvernentalität das analytische Potenzial und die methodischen Fallstricke der beiden Forschungsperspektiven und plädiert für eine erneute Verschiebung des Blicks auf die Analyse von Brüchen, Unterbrechungen, Störungen und Diskontinuitäten von Diskursen und Regierungspraktiken, von Wissensformationen und Wahrheitsregimen.

Perspektive statt Programm

Gouvernentalitätsanalysen fragen nach der »Kunst des Regierens« in dem weiten Sinne, in dem Foucault den Begriff der Regierung verwendete: Sie untersuchen Mechanismen der »Menschenführung« (Foucault 2004a: 183) von der Mitarbeiterführung in Unternehmen, über die Erziehung von Kindern oder die alltäglichen Kontrollpraktiken in öffentlichen Räumen, von Impf- und Präventionskampagnen bis hin zu staatlichen Steuerungsregimes oder den Strategien transnationaler Institutionen wie der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen. Das Augenmerk richtet sich

dabei gleichermaßen auf die Praktiken der Fremd- und Selbststeuerung wie auf die mit diesen verbundenen Wissensformen, Problematisierungen und Rationalisierungsweisen. Gouvernamentalitätsanalysen präparieren heraus, wie sich bestimmte Annahmen darüber, was als wahr bzw. vernünftig anzuerkennen ist, mit spezifischen Problemdiagnosen verbinden, denen wiederum spezifische Strategien zu ihrer Bewältigung korrespondieren, an die dann bestimmte Techniken und Verfahren anschließen, die ihrerseits neue Objekte und Subjekte des Regierens hervorbringen können (Foucault 2002: 10). Das Wissen, das die Regierungsanstrengungen voraussetzen, ist stets ein praktisches Wissen: Es reflektiert die Praxis des Regierens, und es beansprucht, diese Praxis zu begründen und anzuleiten. Gouvernamentalitätsanalysen richten deshalb ihren Blick darauf, wie die Dinge und das Denken über die Dinge sich in Praktiken wechselseitig konstituieren bzw. präziser: wie sie sich in beide Richtungen ineinander übersetzen. Weder lassen sich Diskurse aus bestimmten Praxisformen ableiten oder werden von diesen determiniert, noch schreiben sich die Diskurse in die Praktiken ein, setzt doch der Begriff der Einschreibung jene Materialitäten schon voraus, die erst im Prozess der Übersetzung entstehen. Als wenig fruchtbar erweist es sich daher, jene Verschränkung zunächst analytisch aufzulösen und feinsäuberlich diskursive und nicht-diskursive Praktiken voneinander zu trennen, um sie anschließend in einer Dispositivanalyse wieder zusammenzuführen.¹ Dispositive sind Macht-Wissens-Formationen, in denen Aussageordnungen und Machtpraktiken nicht in einem additiven Verhältnis zueinander stehen, sondern strategisch miteinander verknüpft sind. Die Untersuchung dieser strategischen Verschränkungen und ihrer Effekte (und nicht die bloße Tatsache, dass sie den Blick sowohl auf die handlungs(an)leitende Macht von Diskursen wie auf die diskursive Verfasstheit von Sozial- und Selbsttechnologien lenken) machen Gouvernamentalitätsanalysen zu Dispositivanalysen.

Programme des Regierens und Sich-selbst-Regierens sind gleichermaßen deskriptiv wie präskriptiv: Sie setzen eine Ordnung der Realität voraus, die sie beschreiben und problematisieren, die zugleich aber mit dem regu-

¹ Vgl. für entsprechende Versuche Jäger/Jäger (2000), Bührmann/Schneider (2008). Foucault, der die Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken in der *Archäologie des Wissens* (Foucault 1981: 234) traf, gab sie bald darauf wieder auf. Das Konzept des Dispositivs, das er im Rahmen der Machtanalytik von *Der Wille zum Wissen* entwickelte, ist weiter gefasst als das des Diskurses und schließt Techniken körperlicher Zurichtung ebenso ein wie architektonische Arrangements, politische Regulationsmechanismen und Normensysteme.

lativen Zugriff erst konstituiert wird und durch ihn weiter stabilisiert und optimiert werden soll. Allerdings gehen Programme stets auch fehl, zwischen ihrem Anspruch und ihren Effekten klafft eine Lücke, sie sind mit Kräften konfrontiert, die sich ihrem Zugriff entziehen oder diesen ablenken, neutralisieren oder blockieren. Mit dem Beschreiben und Vorschreiben geht also stets auch ein Sichverschreiben, ein Vorbeischreiben einher; das Regierungswissen ist stets auch ein irrendes, unzureichendes oder scheiterndes Wissen. »Governing is not the ›realization‹ of a programmer's dream«, notieren Peter Miller und Nikolas Rose zu dieser Differenz zwischen Intention und Effekten des Regierens:

»The ›reak always insists in the form of resistance to programming; and the programmer's world is one of constant experiment, invention, failure, critique and adjustment.« (Miller/Rose 2008: 39; vgl. auch Malpas/Wickham 1995)

Indem die Gouvernementalitätsstudien lokale Wissensordnungen und Handlungsregime unterschiedlicher Reichweite rekonstruieren, dekonstruieren sie die Vorstellung einer universellen Vernunft, von Rationalisierung im Sinne optimierter Ziel-Mittel-Relation, aber auch das Modell des rationalen Akteurs, der seine Handlungen am Kalkül der Nutzenmaximierung ausrichtet. Anders als Max Weber oder Jürgen Habermas kennen sie nicht nur *eine* Rationalität, sondern viele Rationalitäten des Regierens. Was jeweils als rational gilt, hängt davon ab, welche Annahmen über Ansatzpunkte, Wirkmechanismen und Zielsetzungen des Handelns Plausibilität beanspruchen können, welche Legitimitäts- und Plausibilitätskriterien aufgestellt, welche Autoritäten und Wissensbestände aufgerufen werden, um Aussagen als wahr und Handlungen als vernünftig anzuerkennen. Was als rational erscheint, ist mithin relational: ein Effekt von Strategien der Rationalisierung. In diesem Insistieren auf der Pluralität von Rationalitäten treffen sich Gouvernementalitäts- und Diskursanalysen. Rationalitäten sind Weisen des Denkens, welche die Wirklichkeit vorstellbar und insofern handhabbar, d.h. dem Kalkül und der Gestaltung zugänglich machen (Gordon 1980: 248). Sie sind nicht bloß Ideen oder Vorstellungen, und sie gehen nicht auf in Rhetorik. Rationalitäten formen selbst einen epistemischen Zugriff auf die Realität, sie artikulieren sich immer schon als Konzepte der Realität und in Beziehung zu den Gegenständen der Regierung. Das bedeutet umgekehrt auch: Wenn Denkweisen wirksam sein, sich als Weisen des Regierens materialisieren sollen, müssen sie praktisch und das heißt auch technisch werden. Rationalitäten und Technologien des Regierens,

Weisen des Denkens und der Intervention sind insofern unauflöslich miteinander verknüpft (Miller/Rose 2008: 16; Garland 1997: 184).

Aus dem Gesagten ergeben sich fünf methodologisch-analytische Prinzipien:

Gouvernementalitätsanalysen operieren *erstens* nicht mit begrifflichen Oppositionen wie Macht und Subjektivität, Staat und Gesellschaft, Struktur und Handlung, Diskurse und Praktiken etc., sondern suchen die systematischen Verbindungen zwischen Rationalitätsformen, Führungstechnologien und Selbstbezügen. Auf diese Weise geraten nicht nur politische Programme, Alltags- und Selbstpraktiken in den Blick, sondern auch die Bedeutung der Wissensproduktion und ihre Kopplung an Machttechnologien.

Zweitens folgen die Gouvernementalitätsstudien dem Prinzip der »aufsteigenden Analyse« (Foucault 2003: 239) und untersuchen zunächst lokale Rationalitätsmuster und Praktiken des Regierens. Großbegriffe (auch solche wie »Risikogesellschaft«, »Neoliberalismus« oder »Staat«) bilden nicht den Ausgangs-, sondern allenfalls den Endpunkt der Untersuchungen. Der Fokus liegt auf den Mikro-Praktiken, deren Verknüpfung, Systematisierung und Homogenisierung erst die Analyse von Makrophänomenen ermöglicht. So gibt es nicht »die neoliberale Gouvernementalität«, aber Gouvernementalitätsstudien können zeigen, wie die Anrufungsfigur des *enterprising self* elementar mit neoliberalen Theorien der politischen Ökonomie, etwa mit den verhaltensökonomischen Modellierungen der Humankapitaltheorie, verbunden ist und wie diese Figur in Subjektivierungsregimen der Gegenwart diffundiert und hegemonial wird.

Drittens eröffnen Gouvernementalitätsanalysen ein epistemisch-politisches Feld, das Foucault als »Wahrheitspolitik« bezeichnet hat. In diesem Punkt treffen sie sich mit diskursanalytischen Forschungen. Anders als die traditionelle Ideologiekritik beschreiben sie Ideen, Konzepte oder Theorien nicht entlang der Unterscheidung wahr/falsch und unterstellen keinen Gegensatz von Macht und Wissen. Gouvernementalitätsanalysen untersuchen vielmehr, über welche administrativen Prozeduren, diskursiven Operationen, Sprecherpositionen und institutionellen Legitimationen Wahrheiten produziert werden, die ihrerseits Plausibilitäten erzeugen: Gouvernementale Interventionen erscheinen immer nur innerhalb bestimmter Wahrheitsregime denkbar und akzeptabel. Gouvernementalitätsstudien zeichnen die Konturen einer »produktiven Macht« nach, die ein spezifi-

sches Wissen erzeugt und auf diese Weise Problemdefinitionen und Interventionsfelder des Regierens überhaupt erst herstellt.

Viertens betont diese Forschungsperspektive die technologischen Aspekte des Regierens. Der Begriff der Technologie umschließt dabei sowohl technische Artefakte wie Sozial- und Selbsttechnologien; er bezieht sich gleichermaßen auf Arrangements von Maschinen, mediale Netzwerke, Aufschreibe- und Visualisierungssysteme, architektonische Ensembles wie auch auf die sanktionierenden, disziplinierenden, normalisierenden, »empowernden«, versichernden, präventiven usw. Verfahren, mit denen Menschen auf das Verhalten anderer Menschen oder auf ihr eigenes Verhalten einwirken. Hierzu gehören rechtliche Reglementierungen, vertragliche Vereinbarungen, Instrumente der Datenerhebung und Evaluation, Dokumentations- und Kontrollsysteme, Maßgaben für die zeitliche und räumliche Anordnung von Menschen, Artefakten und Handlungen, Manuale und Ratgeber für alle Adressaten und Lebenslagen, Techniken der Introspektion und Selbstmodellierung und vieles andere mehr. Gouvernamentalitätsanalysen begreifen Technologien weder als »Ausdruck« sozialer Verhältnisse, noch betrachten sie umgekehrt die Gesellschaft als Resultat technologischer Determinationen. Technologien bezeichnen vielmehr einen Komplex von Verfahren, Instrumenten, Programmen, Kalkulationen, Maßnahmen und Apparaten, der es ermöglicht, Handlungsformen, Präferenzstrukturen und Entscheidungsprämissen von Akteuren im Hinblick auf bestimmte Ziele zu formen und zu steuern (Miller/Rose 2008: 61f.; Inda 2005: 9f.).

Fünftens schließlich zielen Gouvernamentalitätsanalysen auf eine Analytik des Politischen. Im Gegensatz zu einer politischen Soziologie oder Politikwissenschaft, die ihren Gegenstand als gegeben voraussetzen, untersuchen sie, wie politische Handlungsfelder und Steuerungsoptionen zum Beispiel durch die Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Sphäre, durch die Diagnose von Terrorgefahren, Klimakatastrophen oder demografischen Risiken überhaupt erst hergestellt werden. Gouvernamentalitätsstudien analysieren, was jeweils als Sphäre des Politischen definiert wird, welche Kausalitäten für diese Sphäre behauptet, welche Funktionalitäten unterstellt und welche Ansatzpunkte, Akteure und Adressaten des Regierens entworfen werden. Ein solches Verständnis des Politischen liegt quer zu den üblicherweise unterschiedenen Feldern von Staat, Gesellschaft und Ökonomie. Für Gouvernamentalitätsanalysen ist

keineswegs alles Politik, aber Politik reduziert sich eben auch nicht auf *politics, policy, polity*.

Die Vermessung gouvernementaler Kraftfelder erlaubt keine Aussagen darüber, wie die Menschen sich tatsächlich in ihnen bewegen. Welchen Regeln und Regelmäßigkeiten (auch in Bezug auf das Abweichen von den Regeln) ihr Verhalten folgt, dafür interessieren sie sich nur insofern, als die Strategien und Technologien der Menschenführung darauf Einfluss nehmen. Gouvernentalitätsanalysen fragen nicht, wie regiert wird, sondern danach, wie verlangt und dafür Sorge getragen wird, dass regiert werden soll. Untersucht werden Regime der Selbst- und Fremdführung, nicht was die diesen Regimen unterworfenen und in dieser Unterwerfung wie in der Modifikation und Zurückweisung der Regime sich selbst als Subjekte konstituierenden Menschen sagen oder tun. Zwischen Gouvernentalitätsanalysen und einer auf subjektive Verhaltensorientierungen und Sinndeutungen abzielenden qualitativen Sozialforschung besteht insofern ein ähnliches Verhältnis wie zwischen Diskurs- und Konversationsanalysen. Während erstere die Bedingungen der Konstitution von Wahrheit und Wirklichkeit untersuchen, fragen letztere nach den empirisch feststellbaren Regeln des kommunikativen Austauschs. Im Unterschied zu einer *Governance*-Forschung, die sich als wissenschaftliche Regierungsberatung andient, proklamieren Gouvernentalitätsanalysen keine Idealnormen guten Regierens, an denen dann die Regierungspraxis zu messen wäre, sondern untersuchen, welche Kriterien für *good governance* aufgestellt und mit welchen Argumenten diese plausibilisiert werden. Die Frage lautet nicht, wie wirkungsvoll die Regierungsanstrengungen sind und wie sie zu optimieren wären, sondern auf welche Weise sie ihre Wirkung entfalten. Bildlich ausgedrückt: Untersucht werden die Strömungen, welche die Menschen in bestimmte Richtungen ziehen oder mitreißen, und nicht, wie weit sie sich davon treiben lassen, sie nutzen, um schneller voranzukommen, oder aber versuchen, ihnen auszuweichen oder gegen sie anzuschwimmen. Gleichwohl verkürzen Gouvernentalitätsanalysen die Wirklichkeit nicht auf normative Programme: Die Kraftfelder des Regierens zu kartografieren bedeutet auch, die konfligierenden Kräfte, die Brüche und Widerstände sichtbar zu machen, die Regierungsanstrengungen provozieren. Es gibt stets mehr als nur eine Strömung, die zieht oder bremst.

In der Perspektive der Gouvernentalitätsstudien erscheint Freiheit nicht als das Gegenteil von Macht, sondern als deren zentrales Medium. Machtausübung ist nur dort möglich, wo es Freiheit, im weitesten Sinne

von Handlungsoptionen, gibt. Regierungspraktiken steuern nur in Ausnahmen durch unmittelbare Reglementierung. Das Prinzip von Befehl und Gehorsam und erst recht die Ausübung von Zwang sind aufwändig und mit hohen Risiken verbunden. Effektiver erscheint es, die Menschen anzuhalten, sich selbst zu regieren, ihnen positive Anreize zu geben, ihre Freiheit in einer bestimmten Weise auszuüben. Regieren bedeutet Kraftfelder zu generieren, die bestimmte Verhaltensformen wahrscheinlicher machen sollen als andere.

Diese Kopplung von Macht und Freiheit im Begriff der Regierung widerspricht der herkömmlichen, wiewohl kritisch intendierten Assoziation von Macht und Herrschaft mit Repression, Gewalt und Zwang. Die »List der Macht« artikuliert sich gerade dort, wo die Macht die Menschen einzubeziehen und einzubinden versteht. Wer planvoll auf das Verhalten anderer Menschen einwirken will, muss Ziele definieren und Strategien festlegen, die nötigen Mittel kalkulieren, muss taktieren, auf Widerstände reagieren, muss Affekte mobilisieren oder aber zügeln usw. – und muss sich in diesem Sinne auch selbst regieren. Die Führung seiner selbst und die Führung der anderen müssen nicht unbedingt denselben Maximen folgen, ein überzeugter Demokrat kann sich selbst gegenüber ein unbarmherziger Despot sein und umgekehrt, aber stets richten sich die Steuerungsimpulse nach innen wie nach außen. Regieren und regiert zu werden sind unauflöslich miteinander verknüpft.

Regierungsrationalitäten und Regierungspraktiken bringen – in gleicher Weise wie Diskursformationen – Subjekte überhaupt erst hervor. Die Machtausübung vollzieht sich gleichsam durch die Subjekte hindurch; sie subjektiviert, indem sie bestimmte Selbstbilder aufruft und legitimiert und zugleich andere ausschließt. Zu einem Subjekt (gemacht) zu werden, bedeutet stets, bestimmte Subjektpositionen zu aktualisieren und andere zu verwerfen; es bedeutet, in einer bestimmten Weise als Subjekt angesprochen zu werden, sich selbst als ein Subjekt zu begreifen und im Sinne dieses Selbst-Verständnisses an sich zu arbeiten. Gouvernamentalitätsanalysen vermeiden die Hypothese eines vorgängigen, autonomen Handlungssubjekts und bescheiden sich mit einer minimalistischen Anthropologie. Über »den« Menschen wissen sie nicht mehr, als dass er ein Wesen ist, das geformt werden und sich selbst formen kann (Rose 1996). Und es ist diese Formbarkeit, welche die Menschen in einem fundamentalen Sinne regierbar macht und sie zugleich darauf angewiesen sein lässt, regiert zu werden und/oder sich selbst zu regieren.

Subjekte sind nicht bloß Effekte der Machtausübung, sondern verfügen immer auch über Eigensinn und Handlungsmacht – schon konzeptionell ist dies in der Kopräsenz von Macht und Freiheit im Begriff der Regierung angelegt. Sie gleichen insofern einem Relais. Indem sie sich als Subjekte artikulieren, nehmen sie Formen der Machtausübung auf, geben sie weiter und formen sie zugleich um, brechen und variieren sie (Foucault 1999: 38f.). Der Terrorist im Visier der Fahnder, der Student im Beurteilungsraster der Professoren, der Arbeitnehmer im Leistungsprofil des Unternehmens, sie alle lassen sich ebenso wenig auf diese Zuschreibungen reduzieren wie durch Technologien der Kontrolle determinieren. Umgekehrt bedeutet das auch, dass widerständige Subjekte, zum Beispiel politische Aktivist*innen, die ihren Protest öffentlich zum Ausdruck bringen, in ihren Aktionen immer auf vorgängiges gesellschaftliches Wissen und soziale Codes rekurren müssen, damit ihre Interventionen überhaupt als widerständige verstanden werden.

Subjektivierungsprozesse, so kann man diese Beobachtung allgemeiner fassen, unterliegen stets einem historischen und sozialen Apriori – auch das ist eine Einsicht, die Diskursforschung und Gouvernementalitätsanalysen verbindet. Subjekte können sich nur innerhalb eines Feldes gesellschaftlich möglicher Erfahrungen begreifen und artikulieren (Macherey 1991: 178f.). Sie erzeugen sich performativ, ihre Performanzen sind jedoch eingebunden in Ordnungen des Wissens, in Kräftespiele und Herrschaftsverhältnisse. Subjektivierung verweist auf ein Aktionspotenzial, aber immer auch auf eine Verhaftung an Vorstellungen, an Weisen der Artikulation und der Anerkennung (Foucault 2005). Subjektpositionen ermächtigen Individuen und unterwerfen sie zugleich (Butler 2001).

Wenn das Subjekt nur in dieser doppelten Bewegung von Selbstermächtigung und Unterwerfung zu denken ist, so ist damit die traditionelle Gegenüberstellung von Befreiung und Herrschaft obsolet, auf welche die marxistische und anarchistische Herrschaftskritik ebenso setzte wie liberale Bewegungen. Das bedeutet nicht, auch das Telos der Freiheit und den Anspruch auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung aufzugeben, aber es bedeutet, diese Konzepte zu problematisieren: Befreiungs- und Emanzipationsbewegungen produzieren ebenfalls Subjektivierungsregime (Cruikshank 1999). Sie stellen nicht nur bestehende Wahrheitsordnungen in Frage, sondern propagieren selbst Gegen-Wahrheiten, die davon handeln, wie ein befreites, emanzipiertes Subjekt sich selbst zu begreifen und wie es zu handeln hat.

Bezeichnenderweise fällt die Rezeption von Foucaults Konzept der Gouvernementalität und das Forschungsprogramm einer »Genealogie der Subjektivierung« (Rose 1996: 23) in eine Zeit, als das Zusammenspiel von Technologien der Freiheit und Strategien der Macht offenkundig wurde: Mit dem Umbau der Gesellschaft im Zeichen neoliberaler Marktorientierung wurde Freiheit selbst in prominenter Weise zum Programm erhoben. Insbesondere die Anrufungsfigur des unternehmerischen Selbst (Bröckling 2007; Krasmann 2003), das sich als frei, eigenverantwortlich und risikobereit begreifen sollte, figuriert als Protagonist dieses politischen Projekts, die Selbst(vor)sorge der Gesellschaftsmitglieder zu fördern und zu fordern und staatliche Ressourcen auf diese Weise effektiver einzusetzen.

Die zeitgenössischen Regierungstechnologien halten die Menschen dazu an, sich so zu begreifen und zu agieren, als seien sie selbstverantwortliche und selbstbestimmte Subjekte. Umgekehrt sollen individuelle Risikobereitschaft und Nutzenmaximierung – dank der unsichtbaren Hand des Marktes – nicht nur das Glück der Einzelnen, sondern ebenso die allgemeine Wohlfahrt befördern. Was die Individuen wollen und was sie sollen, soll tendenziell zusammenfallen. Das aktive, selbstbestimmte Subjekt ist vom sozialisierten Gesellschaftsmitglied schwerlich zu unterscheiden.

Probleme

Es war eine Stärke der *Studies of Governmentality*, die »soften«, »empowernden« Machtmechanismen neoliberalen Regierens kenntlich zu machen und die Paradoxien »fremdorganisierter Selbstorganisation«, »kontrollierter Entgrenzung«, »heteronomer Autonomie« herauszuarbeiten. Im Zentrum der Analyse neoliberaler Regierungsregime stand die Frage nach den Mechanismen des »Regierens über Freiheit« – in den Worten von Nikolas Rose (1999) der *powers of freedom*. Das Bemühen (in Absetzung etwa zu vielen marxistischen Studien), die produktiven Seiten der Regierungspraktiken sichtbar zu machen, führte jedoch häufig dazu, dass repressive und exkludierende Effekte unterbelichtet blieben, dass die Mobilisierung von Selbststeuerungspotentialen, kaum aber die korrespondierenden Sicherheitsdispositive herauspräpariert wurden. Thematisch wäre der Fokus von Gouvernementalitätsanalysen daher stärker auf die Transformationen des Politischen, die Neuformierung des Verhältnisses etwa von Staat und

Ökonomie, Sicherheit und Recht und die Strategien eines *governing (by) risks* zu setzen.

Das Konzept der Gouvernamentalität ist darüber hinaus in der Rezeption wie auch von einigen Protagonisten als sozialwissenschaftlicher *approach* (miss-)verstanden worden – eine Parallele zu den Versuchen, Diskursanalysen im Methodenkanon qualitativer Sozialforschung zu etablieren und wissenschaftlich zu härten. Gouvernamentalitätsstudien – ebenso wie Diskursanalysen – treten damit in Konkurrenz zu einer Soziologie, die den Anspruch einer umfassenden Beschreibung und Erklärung gesellschaftlicher Phänomene erhebt. Während Foucault seine Analyseinstrumente jeweils im Hinblick auf die von ihm untersuchten historischen Objekte (Wahnsinn, Delinquenz, Sexualität etc.) entwarf, ohne daraus eine allgemeine Theorie abzuleiten,² wird »Gouvernamentalität« als theoretisches »Passepartout« für beliebige Untersuchungsgegenstände und -ziele eingesetzt, ohne das Konzept einer Überarbeitung, Weiterentwicklung oder Korrektur zu unterziehen.

Gegen solche Überfrachtungen und soziologischen Disziplinierungen ist festzuhalten: Gouvernamentalitätsstudien entwerfen weder »eine neue Gesellschaftstheorie oder eine alternative Theorie sozialer Prozesse« (Kocyba 2006: 138), noch verfügen sie über ein eigenständiges Methodeninventar. Sie bezeichnen eine Forschungsperspektive im wörtlichen Sinne: eine Art und Weise hinzuschauen, eine spezifische Blickrichtung. Ihr analytisches Potential entfalten können die Gouvernamentalitätsstudien – abermals: wie auch Diskursanalysen – dann, wenn sie an sozialwissenschaftlichen Theorien parasitieren und diese zugleich irritieren, mit anderen Worten: wenn sie ein Korrektiv und keine neue Schule bilden. In diesem Sinne

² »Ich habe keine Methode, die ich unterschiedslos auf verschiedene Bereiche anwende«, erläuterte er in einem Interview nach dem Erscheinen der *Archäologie*. »Ich habe keine allgemeine Theorie und auch kein sicheres Instrument. [...] Ich versuche meine Instrumente über die Objekte zu korrigieren, die ich damit zu entdecken glaube, und dann zeigt das korrigierte Instrument, dass die von mir definierten Objekte nicht ganz so sind, wie ich gedacht hatte. [...] Im Allgemeinen hat man entweder eine feste Methode für ein Objekt, das man nicht kennt, oder das Objekt existiert bereits und man weiß, dass es da ist, aber man meint, dass es noch nicht in angemessener Weise analysiert worden ist, und entwickelt darum eine Methode, um dieses bereits existierende und bekannte Objekt zu analysieren. Das sind die beiden einzig vernünftigen Vorgehensweisen. Mein Vorgehen ist dagegen vollkommen unvernünftig und außerdem anmaßend, wenn auch unter dem Deckmantel der Bescheidenheit. Hochmut, ein nahezu wahnhafter Hochmut im Hegelschen Sinne, über ein nicht bekanntes Objekt mit einer nicht definierten Methode sprechen zu wollen.« (Foucault 2003: 521f.; vgl. auch Gehring 2009: 376f.)

plädiert Thomas Osborne (2004: 35) für eine »weise« Verwendung des Konzepts der Gouvernamentalität

»als eine Art sanften, wenn nicht provokativen, wirksamen konzeptuellen Hebels, um neue Denkweisen zu entwickeln, vertraute Wege zu verlassen, manche zu demontieren und andere zu erneuern. Anstatt also ein neues Empire zu errichten, sollte diese Art der Forschung ganz bewusst ein Provisorium bleiben. Hier ist Sinn für das Unzeitgemäße, für anthropologische Unterbrechung alles: Es geht um ein spekulatives Denken über die Regierung unserer Fähigkeiten und Vermögen und nicht um die Produktion lehrbuchfähiger Aussagen über das Funktionieren von Gesellschaften im Allgemeinen.«³

Parallel zur verstärkten Rezeption und Etablierung im akademischen Betrieb lassen sich zwei gegenläufige Tendenzen beobachten: Entweder skizzieren die Gouvernamentalitätsanalysen ein historisches Großnarrativ, das »der Geschichte des Regierens eine veritable evolutionäre Logik [unterlegt], die in soziologistischer Manier vom Stadium der ›Polizey‹ über den Liberalismus und Wohlfahrtsstaat zum Neoliberalismus mechanisch fortschreitet« (Osborne 2004: 35). Oder sie präparieren in kleinformatigen Einzeluntersuchungen die immer gleiche Rationalität und die immer gleichen Strategien und Technologien des Neoliberalismus (Selbst- statt Fremdsteuerung; Aktivierung unternehmerischer Verhaltensdispositionen, Responsibilisierung und Kommodifizierung usw.) heraus. In beiden Varianten drohen die Gouvernamentalitätsstudien repetitiv zu werden. Man ahnt oftmals schon, bevor man die entsprechenden Arbeiten gelesen hat, worauf sie hinauslaufen werden. Gesucht (und gefunden) wird im jeweiligen Untersuchungsfeld nur das, was man ohnehin schon weiß. Auf diese Weise schirmen sie sich nicht zuletzt gegen Irritationen durch das untersuchte Material ab. Eine paradoxe Entwicklung: Gerade weil die Gouvernamentalitätsanalysen ein hohes gegenwartsdiagnostisches Potential besitzen (oder in einem bestimmten historischen Moment besessen haben), stoßen sie auf Resonanz. In dem Maße, in dem sie auf Resonanz stoßen, laufen sie Gefahr, ihr gegenwartsdiagnostisches Potential einzubüßen. Der Gestus des kritischen Aufdeckens, der vielen sich auf das Konzept der Gouvernamentalität beziehenden Gegenwartsanalysen (nicht anders als vielen diskursanalytischen Untersuchungen) eigen ist, wird in dem Maße obsolet, wie nicht das Kritisierte, sondern die Kritik selbst zum *common sense*

³ Um einer Ontologisierung und Soziologisierung dieser Forschungsperspektive vorzubeugen, bevorzugt Osborne (2004) gegenüber dem auch hierzulande verbreiteten Begriff der »governmentality studies« den der »studies of governmentality«.

geworden ist und dem Publikum ohnehin schon vertraut ist, was da aufgedeckt wird. Kritik verwandelt sich so in die Selbstaffirmation der Kritiker-gemeinde.

Ob die gegenwärtige Finanzkrise schließlich einen Bruch in der politischen Rationalität wie in den Strategien des Regierens markieren wird, ob die Dogmen neoliberalen Regierens tatsächlich so nachhaltig erschüttert sind, wie es im Moment bisweilen den Anschein hat, oder ob ein anderes neoliberales Regime, das an die Stelle des fröhlichen Marktoptimismus die finster-ernste Semantik des Ausnahmezustands setzt und die Rettung der Märkte durch den Staat als Generalbürgen auf ihre Fahnen schreibt, das ist allenfalls in Umrissen absehbar.

In beiden Varianten der Gouvernamentalitätsanalysen – historisches Großnarrativ und kleinformatische Analyse neoliberaler Regierungsprogramme – erscheinen die Regime des Regierens und Regiertwerdens zudem in einer Geschlossenheit und Eindeutigkeit, welche die simultanen, sich wechselseitig überlagernden und modifizierenden, möglicherweise auch einander widersprechenden Wirkungen unterschiedlicher gouvernentaler Kraftfelder unterschlagen. Sowohl der Versuch, *eine* neuzeitliche Geschichte der Gouvernamentalität zu rekonstruieren, wie die vielfältigen Anstrengungen, in Analysen von Mikroregimes *die* Gouvernamentalität der Gegenwart sichtbar zu machen, unterstellen eine Homogenität von Rationalitäten und Technologien des Regierens wie von Subjektivierungsformen, die den Blick für die konstitutive Hybridität diskursiver Ordnungsmuster und Machtdispositive verstellt (Reckwitz 2008).

Problematisch ist darüber hinaus ein impliziter Finalismus (Lemke 2007), der eine kontinuierliche Rationalisierung und Optimierung der Führungsverhältnisse unterstellt und in seiner kritischen Wendung nahelegt, es werde zunehmend schwieriger, wenn nicht gar unmöglich, sich den Strategien der Zurichtung und Selbstzurichtung noch zu entziehen und/oder sich ihnen entgegenzustellen. Disziplinierungstechniken oder Souveränitätsmechanismen besitzen in dieser Perspektive lediglich akzidentiellen und residualen Charakter und werden von ökonomischeren, effizienteren und subtileren Formen der Machtausübung verdrängt. Die Geschichte der Gouvernamentalität erscheint als ein sich immer weiter verdichtendes Verhängnis der Mobilisierung und Selbstmobilisierung, Optimierung und Selbstoptimierung, Kontrolle und Selbstkontrolle. Diese »Rationalisierungs- und Effizienzthese« übersieht nicht nur weiterhin virulente gewalt- und zwangsförmige Strategien der Machtausübung, sondern

auch den systematischen Zusammenhang zwischen »rationalen« und »irrationalen« Momenten des Regierens. Das Vernünftige, weil Wahrheitsfähige vom Unvernünftigen, weil bloß Subjektiven oder Affektiven zu unterscheiden und die Grenzen zwischen beiden Sphären festzulegen, ist selbst ein elementarer Spielzug in den Strategien des Regierens und Sich-selbst-Regierens. Auch dieser Finalismus erhält in der Krise der Gegenwart zumindest Risse.

Zum Problem der Rationalisierung gehört auch, dass Gouvernentalitätsanalysen sich häufig auf die Untersuchung von Programmen konzentrieren, die Brechungen, Modifikationen, Verwerfungen, Zurückweisungen bei ihrer Umsetzung und Aneignung aber ausblenden. Die Programme erscheinen dann als Blaupausen der Wirklichkeit, die eins zu eins umgesetzt werden, und nicht mehr als Kraftfelder, die von anderen Kraftfeldern abgelenkt und durchkreuzt werden. Diese Engführung ist nicht zuletzt der spezifischen Perspektive der Gouvernentalitätsstudien geschuldet: Diese verzichten keineswegs auf empirische Forschungen, aber die Empirie, die sie in den Blick nehmen, sind weder die Regelmäßigkeiten und Wahrscheinlichkeiten noch die unkalkulierbaren Momente individuellen oder kollektiven Verhaltens, sondern die planvollen Versuche, auf das eine wie das andere einzuwirken. Auf die Handlungsmuster und die Sinnwelten konkreter Akteure beziehen sie sich nur insofern, als diese Auslöser, Effekt oder Störfaktor von Steuerungsanstrengungen sind. Das Augenmerk richtet sich weniger auf die Regierungs*praxis* als vielmehr auf die Regierungs*kunst*, d.h. auf »die reflektierte Weise, wie man am besten regiert, und zugleich auch das Nachdenken über die bestmögliche Regierungsweise«, in anderen Worten: auf »das Selbstbewußtsein des Regierens« (Foucault 2004b: 14).

Widerstand und Widerständigkeit – Kritik als Problematisierung

Der Vorwurf, die Gouvernentalitätsstudien verdoppelten in ihren Analysen lediglich die Rationalität neoliberalen Regierens und unterschlugen in einer Art intellektueller Identifikation mit dem Aggressor die Gegenkräfte, die sich diesen Strategien in den Weg stellen bzw. sich ihnen zu entziehen suchen, verweist auf ein methodologisches Problem, das sich in ähnlicher

Weise auch diskursanalytischen Arbeiten stellt: Regime des Regierens und Sich-selbst-Regierens folgen einer mehr oder minder ausgefeilten, in der Regel schriftlich niedergelegten Programmatik und bedienen sich planvoller, häufig wissenschaftlich gestützter Verfahren, um ihre Ziele zu erreichen. Nur wo sich *patterns of governing* auffinden lassen, macht es Sinn, von Regimen zu sprechen. Vor allem auf diese Programme und Verfahren richtet sich das Forschungsinteresse der Gouvernamentalitätsstudien. Die Widerstände dagegen sind kontingent. Man muss mit ihnen rechnen, und die gouvernementalen Programme rechnen mit ihnen, doch sie sind nicht berechenbar. Es gibt eine theoriegeleitete und empirisch abgesicherte Wissenschaft des Regierens, aber es kann keine Theorie und kein Passepartout des Nicht-regiert-werden-Wollens geben. Die Wissenschaft, so ließe sich eine Unterscheidung Jacques Rancières (2002) aufnehmend sagen, gehört wie die gouvernementalen Regime (und auch wie die Diskursformationen, welche Diskursanalysen untersuchen) zur Ordnung der Polizei, sie vollzieht eine »Aufteilung des Sinnlichen«, weist Dingen wie Menschen bestimmte Plätze zu. Die Widerstände dagegen sind politisch, sie markieren eine Unterbrechung, eine Störung auch der Ordnung wissenschaftlicher Klassifizierungen und Erklärungsmodelle.

Jede Untersuchung von Phänomenen des Ungehorsams, der Rebellion und Verweigerung – oder schlichter: von *agency* – steht somit in einer dreifachen Gefahr: Entweder spürt sie Regeln und Regelmäßigkeiten gerade dort auf, wo es um ihre Verletzung geht – die Perspektive der Kriminologie; oder sie reiht heterogene Geschichten aneinander, ohne viel mehr über sie aussagen zu können, als dass es sie eben gab – das Forschungsprogramm einer phänomenologischen Kulturwissenschaft und in weiten Teilen auch der *Cultural Studies* – oder sie argumentiert selbst von der Position des Feldherrnhügels aus und verspricht oppositionelles Regierungswissen, um die Kräfte des Widerstands geeint in die Schlacht zu führen – die leninistische Position, die netzwerktheoretisch aktualisiert auch noch in den post-operaistischen Beschwörungen der »Multitude« nachhallt (Hardt/Negri 2000, 2004).

Bleibt also nur die aporetische Alternative, entweder von den Widerständen zu schweigen, weil über sie zu sprechen hieße, sie dem Zugriff der Regierungsmächte auszuliefern; oder aber über sie zu sprechen, weil zu schweigen hieße, jenen in die Hände zu arbeiten, die das Widerständige unsichtbar halten wollen? Selbstverständlich nicht. Den Fallstricken des kriminologischen Blicks, des anekdotischen Erzählens oder revolutions-

theoretischer – schon das Wort ist ein hölzernes Eisen! – Sandkastenspiele entkommt man indes nicht mit einer Kritik als Kriegswissenschaft, die sich einerseits darin erschöpft, den Feind zu identifizieren, seine Listen aufzudecken und seine verkappten Agenten zu entlarven, die andererseits die eigenen Bataillone in Position zu bringen und ihnen Marschroute wie Einsatzplan vorzugeben versucht. Ebenso wenig mit einer Kritik als pathetischer Feier des Eigensinns, der Revolte oder der subversiven Indifferenz, als Hohes Lied der »großen Verweigerung« Herbert Marcuses (1967) oder des kleinen »I prefer not to« anknüpfend an Herman Melvilles (1997 [1853]) *Bartleby*. Verhaltensmuster zu Verhaltensmaximen erhebend wissen solche Kritiken immer schon, wie ihre Urteile ausfallen werden und suchen dafür lediglich weiteres Belastungsmaterial. Anders gesagt, sie sind konstitutionell dumm. Weil sie entweder nur Antagonismen (oder den einen großen Antagonismus) oder aber absolute Ununterscheidbarkeiten kennen, bleiben sie blind für Ambivalenzen. Ihre Protagonisten sind sich sicher, dass Subjekt und Objekt der Kritik fein säuberlich zu trennen, dass sie selbst jedenfalls in keiner Weise von dem kontaminiert sind, was sie kritisch verdammen.

Demgegenüber wäre ein Verständnis von Kritik als Problematisierung stark zu machen. Statt eine Geschichte der Regierbarmachung zu konstruieren oder viele Geschichten ihres Scheiterns zu dokumentieren, wären die Konstellationen sichtbar zu machen, in denen jeweils bestimmte Strategien des Zugriffs, bestimmte Muster von Resistenz und bestimmte Formen, über beides zu sprechen, aufeinandertreffen. Nicht nur die gouvernementalen Programme, sondern auch die widerständigen Praktiken wären daraufhin zu befragen, wie sie die Probleme bestimmen, auf die sie antworten, mit welchen Subjektpositionen und Subjektivierungsmodi sie operieren, welcher Interventionsformen sie sich bedienen und welche Plausibilisierungsstrategien sie einsetzen, um diese zu begründen, schließlich welche Verheißungen sie daran knüpfen und welche Ziele sie damit zu erreichen hoffen.

Der Begriff des Widerstands bezeichnet in diesem Kontext höchst Disparates: Er bezieht sich zum einen auf das, was den Anstrengungen des Regierens gegenübersteht oder -tritt – passivisch als Trägheit, Beharrungsvermögen oder Nichterreichbarkeit, aktivisch als Gegenkraft, Unterbrechung oder Neutralisierung. Und er bezieht sich zum anderen auf die Spannung zwischen oppositionellen Regierungsordnungen einerseits und einer Subversion des Regierens andererseits, zwischen Strategien und Tak-

tiken, die gegenstrebige Regime des Regierens herausbilden, und Praktiken, in denen sich der Wille artikuliert, nicht regiert zu werden (Foucault 1992). Das Verhältnis von Regierungsanstrengungen (bzw. generell von Macht) und Widerstand ist folglich widersprüchlich: Widerstand markiert zugleich eine Grenze und ein konstitutives Moment des Regierens:

»Resistance is not merely the counterstroke to power, it is also that which directs and shapes power. But insofar as resistance can also be seen as a certain manifestation of failure, so too can failure then be seen as itself serving to direct and shape the process of governing.« (Malpas/Wickham 1995: 43)

Auf die mehrdeutige Bedeutung des Wortes »Widerstand« macht auch Jacques Rancière aufmerksam: Im Zusammenhang der Frage nach der Widerständigkeit der Kunst weist er darauf hin, dass von Widerstand sowohl »im Sinne eines Dings, das in seinem Sein verharrt« als auch »im Sinne der Menschen, die sich weigern, in ihrer Situation zu verbleiben« (Rancière 2008: 9) gesprochen wird. Widerstand bezeichnet zum einen das *Gegebene*, die Persistenz dessen, was ist, gegenüber allen Anstrengungen, es umzuformen. Zum anderen bezeichnet Widerstand etwas *Aufgegebenes*, den Anspruch auf Veränderung wie auch die Praxis der Negation. Diese Bedeutung ist stets normativ aufgeladen – als Rechtfertigung oder als Perhorreszierung des Impulses, den Status quo nicht länger hinzunehmen. Eine dritte – weder von Foucault noch von Rancière thematisierte – Bedeutung bringt schließlich die Psychoanalyse ins Spiel: Widerstand als das *Entzogene*, als Kraft, die der Kontrolle des Bewusstseins – der Regierung des Selbst – unverfügbar bleibt, aber gleichwohl als Fehlleistung, Blockade, Wiederholungszwang oder einer anderen Form der Reaktionsbildung indirekt in Erscheinung tritt (Freud 1982 [1917]; Derrida 1998; Ricken 2004).

Nicht zuletzt weil es fortwährend mit Widerständen konfrontiert ist, ist Regieren stets auch eine Selbsttäuschung, eine Kontrollillusion. Vor allem aber ist es eine prekäre Angelegenheit: Regieren muss immer mit Unvorhergesehenem, mit Krisen der Regierbarkeit rechnen. Es realisiert sich daher als Krisenprävention und -management und bleibt dabei unvermeidlich hinter den eigenen Ansprüchen zurück, es erfährt fortwährend Umdeutungen und zeitigt nichtintendierte Effekte. Auch diese Dislokationen, Übersetzungen, Subversionen und Zusammenbrüche des Regierens zu beschreiben, das ist eine Herausforderung, der sich die Gouvernentalitätsanalysen erst langsam zu stellen beginnen.

Was folgt aus dieser Skizze einer Forschungsperspektive und ihrer Probleme? Und wie stellen sich aus dieser Perspektive die Konvergenzen

und Divergenzen zu diskursanalytischen Forschungen dar? Dazu abschließend einige Thesen.

Das Ereignis lässt sich nicht provozieren – fünf Thesen

(1) Diskursanalyse und Gouvernentalitätsanalysen haben viel mehr gemeinsam, als ihre Gegenüberstellung nahelegt. Das gilt für die Stärken beider Forschungsperspektiven – die Untersuchung der produktiven Machteffekte von Wissensformationen, Technologien und Subjektivierungsweisen –, aber auch für ihre Probleme – die Tendenz zur methodischen »Schließung«, die das analytische Instrumentarium zum bloßen Applikationsschema verkommen lässt.

(2) Gouvernentalitäts- wie Diskursanalysen fragen nach den Verflechtungen von Wissens- und Machtdispositiven. Beide richten ihren Fokus auf die Emergenzen, die historisch- und lokal-spezifischen Bedingungen ihres Auftauchens. Gouvernentalitätsanalysen sind dabei stärker am Machtpol, Diskursanalysen stärker am Wissenspol verortet. Erstere richten ihr Augenmerk stärker auf die strategische Dimension, letztere stärker auf die Regelmäßigkeit von Macht-Wissen-Komplexen. Beiden mangelt es an Aufmerksamkeit für Singularitäten, Brechungen, Störungen, für Momente des Ereignisses.

(3) Gouvernentalitätsanalysen zeichnen sich durch präzise Kartografien von Regierungsregimen aus und nehmen dafür bisweilen eine gewisse methodische Freihändigkeit in Kauf. Es ist nicht immer klar, woher sie das wissen, was sie zu wissen beanspruchen. Oder sie verfangen sich im Zirkel der Selbstbestätigung und finden nur das heraus, was sie bereits wussten. Die diskursanalytische Literatur zeigt dagegen ein hohes Maß an Methodensensibilität und -kompetenz, der Aufwand an methodischer Reflexion steht allerdings nicht selten in umgekehrter Proportion zum inhaltlichen Ertrag. Polemisch zugespitzt: Man präsentiert den Werkzeugkasten und feilt an den Instrumenten, aber versäumt darüber, sie auch zu benutzen.

(4) Gouvernentalitäts- wie Diskursanalysen weiter zu entwickeln, hieße gerade nicht, sie als eigenständige »Ansätze« oder Methoden zu formalisieren (und so für den akademischen Betrieb zu normalisieren), sondern sie kritisch als Korrektiv sozialwissenschaftlicher Theorien und Forschungsstrategien zu begreifen. Soziologische Deutungen und Erklärungen

sind für beide Gegenstand der Untersuchung, nicht deren Ergebnis (Kocyba 2006: 153). Statt darauf zu hoffen, als versiertere Form der *Governance*-Forschung punkten zu können oder einen festen Platz im Methodeninventar der Wissenssoziologie und qualitativen Sozialforschung zu erobern, wären gerade die Irritationspotentiale der Randständigkeit und disziplinären Grenzgängerschaft fruchtbar zu machen. Den nominalistischen Impuls Foucaults aufnehmend wäre den Listen der Macht nicht minder listig nachzugehen, und Untersuchungsgegenstand wie Analyseverfahren wären allenfalls provisorisch zu stabilisieren. Auf eine Formel gebracht: heuristisches Experimentieren statt perfektionierter *how to*-Anleitungen, lokale Kartografien statt *general theory*.

(5) Dispositive sind keine »Infrastruktur« der Produktion von Diskursen (Keller 2005) oder Koppelungen von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken (Bühmann/Schneider 2008), sondern strategische Kräfteverhältnisse (Deleuze 1987), die bestimmte soziale Arrangements und Formen der Subjektivierung ermöglichen und andere unterbinden, und die sich ihrerseits, indem sie eine Richtung anzeigen und zugleich auf Widerstände stoßen, permanent verschieben können. Dispositivanalyse als Gouvernementalitätsanalyse oder Gouvernementalitätsanalyse als Dispositivanalyse zielt dann weniger auf die Gesetzmäßigkeiten der Sagbarkeit und der Sichtbarkeit als vielmehr auf die Regime des Sagbar- und Sichtbarmachens, die stets auch Regime des Verschweigens, des Verschwindenlassens, Undenkbarmachens und der Invisibilisierung sind. Mehr noch als für die Spielregeln der Macht und die Architekturen des Wissens interessiert sie sich für deren Brüche und Unterbrechungen.

Literatur

- Bröckling, Ulrich (2007), *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt am Main.
- Bühmann, Petra; Schneider, Werner (2008), *Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse*, Bielefeld.
- Butler, Judith (2001), *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*, Frankfurt am Main.
- Cruikshank, Barbara (1999), *The Will to Empower. Democratic Citizens and Other Subjects*, Ithaca/London.

- Deleuze, Gilles (1987), *Foucault*, Frankfurt am Main.
- Derrida, Jacques (1998), »Widerstände«, in: ders., *Vergessen wir nicht – die Psychoanalyse!*, Frankfurt am Main, S. 128–178.
- Freud, Sigmund (1982/1917), »Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse«, in: *Studienausgabe*, Bd. 1, Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (1981), *Archäologie des Wissens*, Frankfurt am Main.
- (1992), *Was ist Kritik?*, Berlin.
- (1999), *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France 1975–76*, hg. von Mauro Bertani und Alessandro Fontana, Frankfurt am Main.
- (2002), *Die Wahrheit und die juristischen Formen*, Frankfurt am Main.
- (2003), »Macht und Wissen«, in: *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Band III*, Frankfurt am Main, Nr. 216 [1977], S. 515–534.
- (2004a), *Geschichte der Gouvernementalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977–1978*, Frankfurt am Main.
- (2004b), *Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978–1979*, Frankfurt am Main.
- (2005), »Subjekt und Macht«, in: *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Band IV*, Frankfurt am Main, Nr. 306 [1982a], S. 269–294.
- Garland, David (1997), »Governmentality« and the Problem of Crime: Foucault, Criminology, Sociology«, in: *Theoretical Criminology* 1(2), S. 173–214.
- Gehring, Petra (2009), »Foucaults Verfahren«, in: Michel Foucault, *Geometrie des Verfahrens. Schriften zur Methode*, Frankfurt am Main, S. 373–393.
- Gordon, Colin (1980), »Afterword«, in: ders. (Hg.), *Michel Foucault. Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings*, Brighton/Sussex, S. 229–259.
- Hardt, Michael; Negri, Toni (2000), *Empire*, London.
- (2004) *Multitude. War and Democracy in the Age of Empire*, New York.
- Inda, Jonathan Xavier (Hg.) (2005), *Anthropologies of Modernity: Foucault, Governmentality and Life Politics*, London.
- Jäger, Margarete; Jäger, Siegfried (2000), *Von der Diskurs- zur Dispositivanalyse. Überlegungen zur Weiterführung eines Stadtteilprojekts*, Duisburg, http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Diskurs_Diapositivanalyse.htm (Zugriff 21.12.2009).
- Keller, Rainer (2005), *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*, Wiesbaden.
- Kocyba, Hermann (2006), »Die Disziplinierung Foucaults. Diskursanalyse als Wissenssoziologie«, in: Dirk Tänzler; Hubert Knoblauch; Hans-Georg Soeffner (Hg.), *Neue Perspektiven der Wissenssoziologie*, Konstanz, S. 137–155.
- Krasmann, Susanne (2003), *Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernementalität der Gegenwart*, Konstanz.
- Lemke, Thomas (2007), *Gouvernementalität und Biopolitik*, Wiesbaden.
- Macherey, Paul (1991), »Für eine Naturgeschichte der Normen«, in: François Ewald; Bernhard Waldenfels (Hg.), *Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken*, Frankfurt am Main, S. 171–204.

- Malpas, Jeff; Wickham, Gary (1995), »Governance and failure: on the limits of sociology«, in: *Australian and New Zealand Journal of Sociology* 31, S. 37–50.
- Marcuse, Herbert (1967), *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied/Darmstadt.
- Melville, Herman (1997[1853]), *Bartleby, the Scrivener. A Story of Wall-street*, New York.
- Miller, Peter; Rose, Nikolas (2008), *Governing the Present. Administering Economic, Social and Personal Life*, Cambridge.
- Osborne, Thomas (2004), »Techniken und Subjekte: Von den »Governmentality Studies« zu den »Studies of Governmentality«, in: Wolfgang Pircher; Ramón Reichert (Hg.), *Governmentality Studies. Selbst. Analysen liberal-demokratischer Gesellschaften im Anschluss an Michel Foucault*, Münster, S. 33–43.
- Rancière, Jacques (2002), *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt am Main.
- (2008), *Ist Kunst widerständig?*, Berlin.
- Reckwitz, Andreas (2008), »Generalisierte Hybridität und Diskursanalyse: Zur Dekonstruktion von »Hybriditäten« in spätmodernen Subjektdiskursen«, in: Britta Kallscheuer; Lars Allolio-Näcke (Hg.), *Kulturelle Differenz begreifen*, Frankfurt am Main/New York, S. 17–39.
- Ricken, Norbert (2004), »Die Macht der Macht – Rückfragen an Michel Foucault«, in: Norbert Ricken; Markus Rieger-Ladich (Hg.), *Michel Foucault: Pädagogische Lektüren*, Wiesbaden, S. 119–143.
- Rose, Nikolas (1996), *Inventing our selves. Psychology, power, personhood*, Cambridge.
- (1999), *Powers of Freedom. Reframing political thought*, Cambridge.